



Anlage 2 zum Trägerrundschreiben 04/2023

Vierte Verordnung zur Änderung der Integrationskursverordnung

Im Folgenden finden Sie eine Übersicht über die wichtigsten Änderungen mit unmittelbaren praktischen Auswirkungen für Sie als Kursträger.

1. Gültigkeitsdauer der Teilnahmeberechtigungen

Änderung des § 5 Abs. 3 IntV

Im Zuge der Zugangserweiterung zum IK für *alle* Asylsuchenden wurde die Gültigkeitsdauer für alle BAMF-Zulassungen auf ein Jahr vereinheitlicht.

2. Zulassung zur Kurswiederholung

Änderung des § 5 Abs. 5 IntV

Bisher setzte die Zulassung zur Wiederholung von maximal 300 UE des Sprachkurses eine ordnungsgemäße Kursteilnahme voraus. Diese Voraussetzung entfällt seit dem 01.02.2023. Der entsprechende Passus in § 5 Abs. 5 wurde gestrichen.

Die Voraussetzungen für eine Zulassung zur Wiederholung sind gemäß Neufassung des § 5 Abs. 5 die Ausschöpfung des individuellen Stundenkontingents und ein nicht erfolgreicher, nach Ausschöpfung des individuellen Stundenkontingents absolvierter Deutschtest für Zuwanderer (DTZ).

Durch die Neufassung des § 5 Abs. 5 wird außerdem klargestellt, dass bei der Zulassung zur Wiederholung in bestimmten Ausnahmefällen auf das Erfordernis eines erfolglos absolvierten DTZ verzichtet werden kann. Damit wird die gegenwärtige Praxis in Alphabetisierungskursen auch schriftlich in der IntV verankert. Darüber hinaus wird für mögliche weitere Anwendungsfälle eine Grundlage gelegt; hierzu werden wir gegebenenfalls gesondert informieren.

3. Zusteuerung von Teilnahmeberechtigten durch das Bundesamt

Ergänzungen in § 7 IntV

Die Ergänzungen betreffen ausschließlich das in den Test- und Meldestellen (TuM) im Rahmen der Zusteuerung von Teilnahmeberechtigten praktizierte Verfahren. In § 7 Abs. 3 wurde der Zuleitungsprozess zur TuM durch ABH, Träger der Leistungen für Asylsuchende und Jobcenter konkretisiert. Teilnahmeberechtigte, die keinen zentralen Einstufungstest in einer TuM absolvieren,

melden sich weiterhin bei einem Träger ihrer Wahl zur Kursteilnahme an und legen dort den Einstufungstest ab.

4. Übermittlung von Teilnahmedaten von Verpflichteten durch das BAMF an die verpflichtende Stelle auch bei Kurswiederholung

Ergänzung des § 8 Abs. 3 IntV

Die Wiederholungszulassung bewirkt einen Statuswechsel für die Kursteilnehmenden. Ein ehemals Verpflichteter wird zum "nur" Berechtigten. Dies hatte bisher zur Folge, dass die verpflichtende Stelle für die Zeit der Kurswiederholung keinen Zugriff mehr auf die Daten der Person zu ihrer tatsächlichen Teilnahme am Unterricht hatte. Nunmehr wurde eine Rechtsgrundlage für eine Datenübermittlung aus InGe auch im Fall der Inanspruchnahme an einer Wiederholung geschaffen, damit die verpflichtenden Stellen sich während des gesamten Kursverlaufs informieren können, ob ein ehemals Verpflichteter den Kurs auch während der Wiederholung regelmäßig besucht. Am Status der Teilnehmenden ändert sich durch diese Ergänzung des § 8 Abs. 3 nichts. Ein ursprünglich Verpflichteter wird im Fall der Kurswiederholung für die zusätzlichen 300 UE weiterhin zum „nur“ Berechtigten.

5. Kostenbeitragsbefreiung und –rückerstattung

Änderung des § 9 IntV

§ 9 Abs. 2 wurde dahingehend präzisiert, dass der Bezug von Arbeitslosengeld nach dem Dritten Buch Sozialgesetzbuch (SGB III) als nunmehr eigener Kostenbefreiungstatbestand aufgenommen wurde. Gleichzeitig entfallen die Voraussetzungen der Grenze von 948 Euro sowie der Bestätigung des Teilnehmenden, dass keine weiteren Einkünfte vorliegen.

Neu ist hingegen die Einführung der sog. „Geringverdienendenregelung“, im Rahmen derer Beschäftigte, deren Bruttoentgelt einen bestimmten Betrag nicht übersteigt, von der Kostenbeitragspflicht auf Antrag und gegen Vorlage eines aktuellen Nachweises (z. B. letzte Gehaltsabrechnung vor Anmeldung beim Kursträger) befreit werden können.

Bitte beachten Sie: Die „Geringverdienendenregelung“ tritt zum 01.05.2023 in Kraft und gilt daher erst für Kostenbefreiungsanträge, die ab diesem Zeitpunkt gestellt werden. Der Antrag auf Kostenbefreiung wurde entsprechend aktualisiert und darin die vorzulegenden Nachweise für den neuen Tatbestand benannt. Zusätzlich werden Informationen zur Befreiung von der Kostenbeitragspflicht auf folgender Internetseite eingestellt:

www.bamf.de/ik-kostenbefreiung

In § 9 Abs. 6 wurden die Voraussetzungen für eine hälftige Rückerstattung des Kostenbeitrags für Teilnehmende an Spezialkursen geändert: Für sie wurde die Frist für eine hälftige Rückerstattung des Kostenbeitrags von zwei auf drei Jahre verlängert. Diese Fristverlängerung gilt gemäß § 22 Abs. 3 IntV für Personen, denen ab 01.02.2023 erstmalig eine Teilnahmeberechtigung ausgestellt wurde.

6. Stundenkontingent beim Orientierungskurs in Intensivkursen

Änderung des § 13 Abs. 2 IntV

Bereits durch Verordnung der Bundesregierung vom 31. Juli 2016 (BGBl. I S. 1950) war die Stundenzahl des Orientierungskurses von 60 auf 100 Unterrichtseinheiten (UE) angehoben worden. Einzige Ausnahme war zuletzt der Orientierungskurs des Intensivkurses, der nur 30 UE umfasst. Mit Blick auf die Bedeutung der Wertevermittlung sowie eine Vereinheitlichung der Orientierungskurse sämtlicher Kursarten wurden nun die Anzahl der UE auch beim Intensivkurs auf 100 UE angehoben.

Bitte beachten Sie: Die Erhöhung der Stundenzahl des Orientierungskursteils von Intensivkursen gilt für ab dem 01.05.2024 beginnende Intensivkurse. Dies ermöglicht Ihnen eine langfristige Kursplanung.

7. Präzisierung der Definition der ordnungsgemäßen Teilnahme

Änderung des § 14 Abs. 6 IntV

Die bisherige Definition der „ordnungsgemäßen Teilnahme“ wurde geschärft. Nach dem Wortlaut des geänderten § 14 Abs. 6 wird nunmehr unterschieden, ob Teilnehmende die von Ihnen als Kursträger auszustellende Bescheinigung über die ordnungsgemäße Teilnahme vor oder nach Abschluss des Kurses verlangt. Wird die Bescheinigung vor Abschluss des Integrationskurses verlangt, ist die Teilnahme ordnungsgemäß, wenn der oder die Teilnehmende so regelmäßig am Kurs teilnimmt, dass ein Kurserfolg möglich ist. Wird die Bescheinigung hingegen erst nach Abschluss des Integrationskurses verlangt, ist die Teilnahme im Falle einer nicht erfolgreichen Teilnahme dennoch ordnungsgemäß, wenn er oder sie so regelmäßig im Kurs anwesend war, dass ein Kurserfolg möglich gewesen wäre und eine Teilnahme am Abschlusstest nach § 17 Absatz 1 erfolgt ist.

An der Festlegung im Rahmen der Nebenbestimmungen zum Zulassungsbescheid, wann die Teilnahme als ordnungsgemäß zu werten ist, ändert sich nichts.

8. Neustrukturierung der Lehrkräftezulassung

Änderung des § 15, neuer § 15a

Durch die Neufassung des § 15 wurden die bisherigen Voraussetzungen für die Zulassung als Lehrkraft lediglich präzisiert und übersichtlicher dargestellt.

Neu aufgenommen wurden die Voraussetzungen der persönlichen Eignung. Die persönliche Eignung wird durch ein Bekenntnis zur freiheitlich demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland nachgewiesen, das zum 01.02.2023 in das Antragsformular zur Zulassung als Lehrkraft integriert wurde.

Mit dem neuen § 15a wurde außerdem klargestellt, dass die Zulassung als Lehrkraft widerrufen werden kann, wenn ihre Voraussetzungen – insbesondere die persönliche Eignung - nicht mehr vorliegen.

9. Zulassung als Integrationskursträger

Änderung des § 19 Abs. 1 IntV, Ergänzung des § 20 Abs. 1 IntV

§ 19 Abs. 1 wurde redaktionell geändert und präzisiert, ohne dass sich dadurch neue Voraussetzungen für eine Trägerzulassung ergeben. Aufgrund der Ergänzung des § 20 Abs. 1 wird künftig bei der Entscheidung über Anträge auf Folgezulassung stärker berücksichtigt, ob ein Träger die Vergütungsuntergrenze für Honorarlehrkräfte einhält. Künftig kann ein Kursträger, der die festgelegte Vergütungsuntergrenze nicht einhält, nur einmalig eine einjährige Zulassung erhalten. Wird die Einhaltung der Vergütungsuntergrenze nach Ablauf der einjährigen Zulassung im Folgeantrag nicht zugesichert, ist dies bei der Entscheidung über die Folgezulassung zu berücksichtigen. Der Zulassungsantrag kann allein aus diesem Grund abgelehnt werden.